

## **Einknicken vor der Monsterbank**

(Erschienen in der P.S. Zeitung am 3. Mai 2024)

Mit Spannung wurde der Too-big-to-fail-Bericht des Bundesrats erwartet. Nun ist er vor zwei Wochen erschienen: Mit 22 Massnahmen will der Bundesrat unter Federführung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter die «Lücken in der Too-big-to-fail-Regulierung schliessen» und damit die Bankenstabilität stärken. Das tönt schön und gut. Es sind in der Tat viele Massnahmen – und sie sind auch alle absolut berechtigt, besonders diejenigen zur Stärkung der Finanzmarktaufsicht finma. Aber die grosse Anzahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wichtigste Massnahme fehlt. Entgegen der ausdrücklichen Empfehlung des Seco und der finma will der Bundesrat die Erhöhung der generellen Eigenkapitalanforderung nicht einmal prüfen! Das ist offenbar die Folge massiven Drucks der UBS. Die UBS-Chefs Colm Kelleher und Sergio Ermotti betonen laudauf, landab, die finma sei das Problem, die Grösse der UBS hingegen sei kein Risiko. Sie lenken damit von der zentralen Frage ab, wie das Polster für Krisenzeiten gestärkt werden kann - genau das bezwecken nämlich stärkere Eigenkapitalanforderungen.

Auch bei der Bussenkompetenz der finma und bei den Boni-Vorschriften kuscht der Bundesrat vor der UBS. Dabei ist längst klar, dass es wirksame Sanktionen der finma gegen fehlbare Finanzinstitute braucht. Das CS-Debakel hat zudem mustergültig gezeigt, dass Bonuszahlungen bei systemrelevanten Banken Risikotreiber sind, die verboten werden müssen. Der Nationalrat hat zu allen drei Punkten vor einem Jahr endlich auch Motionen der SP überwiesen. Dass der Bundesrat dies in seinem TBTF-Bericht nicht aufnimmt, ist gefährlich. Denn das Risiko, welches für den Staat und damit für uns alle durch die neue Monsterbank entsteht, ist gigantisch: Ihre Bilanz ist doppelt so gross wie das Schweizer Bruttoinlandprodukt!

Das Einknicken des Bundesrats genügt der UBS aber offensichtlich nicht. Jetzt wird ein Drohszenario aufgezogen gegen die im TBTF-Bericht vorgesehene höhere Eigenmittelunterlegung für ausländische Beteiligungen. Dieses Instrument war eigentlich schon im TBTF-Regelwerk nach der letzten Bankenkrise vorgesehen, wurde dann aber auf Druck der Banken wieder gestrichen. Jetzt droht das Gleiche. Bundesrätin Karin Keller-Sutter versucht jetzt zwar in der öffentlichen Debatte Gegensteuer zu geben, indem sie endlich auch das enorme Risiko der UBS für die Schweiz betont. Möglich, dass sich die Bundesrätin und die UBS-Chefs, wie Yves Wegelin vermutet, aktuell nur darum als Widersacher\*innen ausgeben, um darüber hinwegzutäuschen, dass beide verhindern wollen, dass das Parlament eine generelle Erhöhung der Eigenmittelanforderungen durchsetzt.

Und was macht die UBS aktuell? Statt Eigenkapital aufzubauen – sie erfüllt noch nicht einmal die Anforderungen an ihre neue Grösse! – kauft sie Aktien zurück, sie verringern damit ihr Krisenpolster. Und dies aus einem einfachen Grund: Der Aktienkurs steigt es können mehr Dividenden ausgeschüttet werden. Davon profitiert nicht zuletzt Sergio Ermotti, da ein Teil seines absurd hohen Bonus Aktien sind. So geht das.

Céline Widmer, Nationalrätin SP